



# SACHSEN-ANHALT

Kultusministerium

## SCHRIFTLICHE ABITURPRÜFUNG 2010

Geschichte  
(Leistungskursniveau)

Einlesezeit:	30 Minuten
Bearbeitungszeit:	300 Minuten

---

**Thema 1:** Auswirkungen der Industrialisierung  
(Darstellung)

**Thema 2:** „Reichsfeinde“ im Kaiserreich  
(Quelleninterpretation)

**Thema 3:** Die DDR – in sowjetischer Retorte gezüchtet?  
(Erörterung)

**Thema 1:      Auswirkungen der Industrialisierung****Aufgabenstellung:**

Stellen Sie die erste Phase der Industrialisierung unter dem Aspekt dar, wie sie Gesellschaft und Produktion gleichermaßen veränderte.

Bearbeiten Sie **dabei** folgende Aufgaben:

- Nennen Sie Voraussetzungen für den Beginn der Industrialisierung in England und Deutschland.
- Untersuchen Sie die Bedeutung der calvinistischen Erwerbsethik und des Wirtschaftsliberalismus für die Industrialisierung.
- Analysieren Sie am deutschen Beispiel die Herausbildung der industriellen Produktionsweise bis 1873 in ihrer Wechselwirkung mit dem gesellschaftlichen Strukturwandel.
- Diskutieren Sie die These, dass die Industrialisierung der tiefgreifendste Veränderungsprozess der modernen Welt sei.

**Thema 2: „Reichsfeinde“ im Kaiserreich****Aufgabenstellung:**

Interpretieren Sie die Quelle unter dem Aspekt der Ausgrenzung von „Reichsfeinden“ im deutschen Kaiserreich.

Bearbeiten Sie **dabei** folgende Aufgaben:

- Fassen Sie die Begründungen für das Gesetzesvorhaben zusammen.
- Erklären Sie das in der Quelle enthaltene Verständnis vom „spezifisch antinationale[n] Gepräge“ (Zeile 43) der Sozialdemokratie.
- Untersuchen Sie die gegebene Argumentation zu Erwartungen und Grenzen eines „Spezialgesetzes“ gegen die Sozialdemokratie vor dem historischen Hintergrund.
- Beurteilen Sie, inwieweit in der Quelle die Hintergründe für die Bekämpfung der Sozialdemokratie aufgedeckt werden.

**Material: Begründung des Sozialistengesetzes**

*Am 18. Oktober 1878 wurde in dritter Lesung das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ abschließend beraten. Sowohl an der Gesetzesvorlage als auch an seiner hier in Auszügen vorliegenden Begründung wirkte Reichskanzler Otto von Bismarck maßgeblich mit.*

*Rechtschreibung, Zeichensetzung und Hervorhebungen folgen der Vorlage.*

- Die Bestrebungen der Sozialdemokratie sind auf die praktische Verwirklichung der radikalen Theorien des modernen Sozialismus und Kommunismus gerichtet. Nach diesen Theorien ist die heutige Produktionsweise als unwirtschaftlich und als eine ungerechte Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital zu verwerfen. Die Arbeit soll von dem Kapital emanzipiert, das
- 5 Privatkapital in Kollektivkapital, die individuelle, durch Konkurrenz sich regelnde Produktion in eine genossenschaftliche planmäßige Produktion verwandelt werden; das Individuum soll in der Gesellschaft aufgehen. Die sozialdemokratische Bewegung unterscheidet sich scharf von den humanitären Bestrebungen für das Wohl der arbeitenden Klassen dadurch, daß sie davon ausgeht, eine Hebung der Lage derselben auf dem Boden der heutigen Gesell-

10 schäftsordnung sei unmöglich, und nur durch die erwähnte Sozialrevolution erreichbar. Die Durchführung einer solchen Revolution soll, unter gleichzeitiger Umwälzung der bestehenden Staatsverfassungen, durch eine internationale Kooperation der arbeitenden Klassen aller Kulturstaaen erfolgen. [...]

Auf dem allgemeinen Sozialistenkongresse, welcher im Herbst 1877 in Gent abgehalten wurde, [...] wurde der internationale Bund durch Konstituierung einer allgemeinen Union der sozialistischen Partei erneuert. In dem bezüglichen Manifeste [...] wird der gemeinsame Operationsplan dargelegt und besonders die Nothwendigkeit der politischen Aktion als eines mächtigen Mittels der Agitation, der Propaganda, der Volkserziehung und der Gruppierung (Organisation) betont. Das Manifest schließt mit den Worten:

20 Möge bei jedem Volke die Klasse der Enterbten sich als große, von allen Bourgeoisparteien scharf abgegrenzte Partei konstituieren, und möge diese sozialistische Partei Hand in Hand marschiren mit der sozialistischen Partei aller übrigen Länder.

Es gilt den Kampf um all' eure Rechte, es gilt die Vernichtung aller Privilegien!

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

25 Es handelt sich also um nichts weniger, als um den Bruch mit der gesammten bisherigen Rechtsentwicklung der Kulturstaaen, um eine radikale Umwälzung der bestehenden Besitz- und Eigenthumsverhältnisse von unten auf.

Die Organisation des „Proletariats“, die Zerstörung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und die Herstellung der „sozialistischen Gesellschaft und des sozialistischen Staates“ durch das organisirte Proletariat, das sind die ausgesprochenen Endziele der Sozialdemokratie.

Diesen Zielen entspricht die in Wort und Schrift mit leidenschaftlicher Energie betriebene wohlorganisirte sozialistische Agitation und deren Methode. Die Agitation sucht in den ärmeren und weniger gebildeten Schichten der Bevölkerung Unzufriedenheit mit ihrer Lage, sowie die Ueberzeugung von der Hoffnungslosigkeit derselben unter der bestehenden Rechtsordnung zu verbreiten, sie, als die „Enterbten“, zu Neid und Haß gegen die übrigen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft aufzureizen. Die sittlichen und religiösen Ueberzeugungen, welche die Gesellschaft zusammenhalten, werden erschüttert, Ehrfurcht und Pietät verhöhnt, die Rechtsbegriffe der Massen werden verwirrt, die Achtung vor dem Gesetze wird zerstört. Die gehässigsten Angriffe und Schmähungen gegen das Deutsche Reich und seine Institutionen, gegen das Königthum und gegen das Heer, dessen ruhmreiche Geschichte verunglimpft wird, geben der sozialistischen Agitation in Deutschland ein spezifisch antinationales Gepräge; sie entfremdet die Gemüther der heimischen Sitte und dem Vaterlande. – Die Darstellungen, welche in Wort und Schrift von früheren revolutionären Ereignissen gegeben werden, die Verherrlichung bekannter Revolutionsmänner, sowie der

Thaten der Pariser Kommune sind geeignet, revolutionäre Gelüste und Leidenschaften zu erregen und die Massen zu Gewaltthaten geneigt zu machen.

Die Beläge für diese Art der Agitation liefern in großem Umfange die sozialdemokratische Presse und die Reden der Führer und Agitatoren. Die Agitation hat im Laufe der letzten 50 Jahre, wie das Hauptorgan der deutschen Sozialdemokratie, der „Vorwärts“ [...] triumphierend hervorhebt, eine „riesige“ Ausdehnung gewonnen; sie ist in Kreise gedrungen, welche ihr früher unzugänglich waren. Die Zahl der sozialdemokratischen Zeitschriften und ihrer Abonnenten, die massenhafte Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften aller Gattungen – Flugblätter, Broschüren, Lieder- und Bilderbücher, Kalender – sowie die Zahl 55 der geschulten sozialistischen Agitatoren und Wanderredner sind in stetigem Zunehmen begriffen. Die Erfolge der Agitation sind in der starken Vermehrung der Stimmen hervorgetreten, welche der Sozialdemokratie bei politischen und kommunalen Wahlen zugefallen sind, und dementsprechend ist die Zuversicht ihrer Anhänger gewachsen. [...]

Die fortgesetzte Beunruhigung und Störung des öffentlichen Friedens, welche durch die 60 sozialdemokratische Agitation hervorgerufen wird, schädigt empfindlich das Gemeinwohl und hindert eine gedeihliche und normale Entwicklung auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete.

Es ist daher ein Gebot der Selbsterhaltung für Staat und Gesellschaft, der sozialdemokratischen Bewegung mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Zunächst aber ist der 65 Staat berufen, die durch die Sozialdemokratie bedrohte Rechtsordnung zu schützen und der sozialistischen Agitation Schranken zu setzen. Freilich kann der Gedanke nicht durch äußeren Zwang unterdrückt, die Bewegung der Geister nur in geistigem Kampfe überwunden werden. Wohl aber können und dürfen einer solchen Bewegung, wenn sie falsche Bahnen verfolgt und verderblich zu werden droht, die Mittel zu ihrer Ausbreitung auf 70 gesetzlichem Wege entzogen werden. Die sozialistische Agitation, wie sie seit Jahren betrieben wird, ist ein fortgesetzter Appell an die Gewalt und an die Leidenschaften der Menge, um staatliche und gesellschaftliche Ordnung umzustürzen. Einem solchen Unternehmen kann der Staat Einhalt thun, indem er der Sozialdemokratie ihre wichtigsten Agitationsmittel nimmt und ihre Organisation zerstört; er muß dies thun, wenn er sich nicht 75 selbst aufgeben und nicht in der Bevölkerung die Ueberzeugung, entweder von seiner Ohnmacht oder von der Berechtigung der revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie aufkommen lassen will.

Dieser Nothwendigkeit gegenüber tritt auch die Besorgniß zurück, daß die aus dem Lichte der Oeffentlichkeit verdrängte Agitation um so nachhaltiger und gefährlicher im Geheimen 80 werde fortgesetzt werden. Ueberdies läßt sich mit Grund bezweifeln, daß Letzteres in erheblich stärkerem Maße geschehen werde, als es schon gegenwärtig der Fall ist.

Dem Staate allein wird es indessen auch mit Hülfe der in dem Entwurfe vorgeschlagenen Mittel nicht gelingen, die sozialdemokratische Bewegung zu beseitigen; diese Mittel bringen die Vorbedingungen für die Heilung des Uebels, nicht die Heilung selbst. Es bedarf vielmehr der thätigen Mitwirkung aller erhaltenden Elemente der bürgerlichen Gesellschaft, um durch Belebung der Religiösität, durch Aufklärung und Belehrung, durch Stärkung des Sinnes für Recht und Sitte, wie durch weitere wirthschaftliche Reformen die Wurzeln des Uebels zu beseitigen.

Die in Deutschland geltenden gesetzlichen Vorschriften auf den Gebieten der Presse und des Vereinswesens, auf welchen sich die sozialdemokratische Agitation vorzugsweise bewegt, in Verbindung mit den Vorschriften des Strafgesetzbuches reichen, wie die Erfahrung gezeigt hat, nicht aus, um jener Agitation Halt zu gebieten. Die fortgesetzte Handhabung dieser Vorschriften gegenüber der Sozialdemokratie, die Schließung vieler Vereine, die Auflösung zahlreicher Versammlungen, strenge Bestrafung der massenhaften durch Wort und Schrift verübten Vergehen haben nicht vermocht, die Ausbreitung der sozialdemokratischen Bewegung im Ganzen aufzuhalten. Dies beruht wesentlich auf dem vorwiegend repressiven Charakter der bezüglichen Gesetze, welche einzelne Rechtswidrigkeiten, nicht aber eine fortgesetzte staats- und gesellschaftsfeindliche Thätigkeit im Auge haben. Nach den verschiedenen in den deutschen Bundesstaaten geltenden Vereinsgesetzen ist die Bildung politischer Vereine im Allgemeinen unbeschränkt; ihre Schließung setzt in der Regel voraus, daß bestimmte in den Gesetzen vorgeschriebene Schranken überschritten worden sind. Nur in einzelnen Bundesstaaten sind die Verwaltungsbehörden gesetzlich ermächtigt, Vereine wegen ihrer staats- oder gesellschaftsgefährlichen Haltung und Tendenz zu schließen; auch hier wird die Wirkung der Schließung abgeschwächt durch die Leichtigkeit, mit welcher die Bildung eines neuen gleichartigen Vereines erfolgen kann. Versammlungen können in der Regel nicht zum Voraus verboten, sondern nur aufgelöst werden in gewissen eng formulirten Fällen; das Reichsgesetz über die Presse vollends kennt keinerlei Präventivmaßregeln.

Bei diesem Charakter der in Betracht kommenden Gesetze würde der sozialdemokratischen Agitation gegenüber eine schärfere Handhabung derselben, wenn sie möglich wäre, ebensowenig von Wirkung sein, als einzelne Abänderungen derselben, so sehr solche sich auch sonst empfehlen möchten. Wollte man aber eine Revision derselben in der Richtung vornehmen, daß damit auch jener Agitation wirksam begegnet werden könnte, so würde man über das Bedürfniß hinaus das Vereins- und Versammlungsrecht und das Recht der freien Meinungsäußerung allgemeinen und dauernden Einschränkungen zu unterwerfen genöthigt sein. Auch auf dem Boden des Strafgesetzbuches erscheint die Lösung der Aufgabe nicht erreichbar.

- 120 Dazu bedarf es außerordentlicher gesetzlicher Vollmachten, durch welche die für die innere Sicherheit und Ordnung verantwortlichen Behörden in den Stand gesetzt werden, ihrer verfassungsmäßigen Pflicht, Staat und Gesellschaft vor inneren Gefahren zu schützen, der Sozialdemokratie gegenüber zu genügen; es bedarf eines Spezialgesetzes, welches das Vereins- und Versammlungsrecht, die Freiheit der Presse und des Gewerbebetriebes, sowie die Freizügigkeit ausschließlich den gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gegenüber wirksamen Beschränkungen unterwirft.
- 125 Die Sozialdemokratie hat dem Staate und der Gesellschaft offen den Krieg erklärt und deren Zerstörung als ihr Endziel proklamiert; sie hat damit selbst den Boden des für Alle gleichen Rechtes verlassen und kann sich deshalb nicht beschweren, wenn ihr dasselbe nur insoweit zu Gute kommen soll, als es mit der Sicherheit und Ordnung des Staates vereinbar ist.

*Anlage zum Stenographischen Bericht über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 4. Legislaturperiode, 15. Sitzung vom 18.10.1878, Aktenstück 4, S. 2 – 9  
Fundstelle: <http://www.reichstagsprotokolle.de> (18.10.2009)*

**Thema 3: Die DDR – in sowjetischer Retorte gezüchtet?****Aufgabenstellung:**

Erörtern Sie die von Steffen Alisch vertretene These, dass es sich bei der DDR um „einen in der sowjetischen Retorte gezüchteten Homunculus<sup>1</sup>“ gehandelt habe.

Bearbeiten Sie **dabei** folgende Aufgaben:

- Fassen Sie die Auffassungen von Alisch zum Verhältnis von Sowjetunion und SBZ/DDR zusammen.
- Untersuchen Sie die Ansicht des Verfassers, dass auch nach der SED-Gründung „die politische Macht weiterhin uneingeschränkt bei sowjetischen Organen“ geblieben sei. (Zeilen 44 – 45)
- Analysieren Sie die vom Autor vorgetragenen Positionen zu den Ereignissen und Auswirkungen des 17. Juni 1953.
- Diskutieren Sie die Ansicht des Autors, dass „die vermeintliche Stabilität des SED-Staates“ hauptsächlich vom „überwältigenden Drohpotenzial“ (Zeilen 76 – 78) der sowjetischen Truppen in der DDR gesichert worden sei.

---

<sup>1</sup> Homunculus: künstlich erzeugter Mensch



**Material: Steffen Alisch zum Verhältnis von SBZ/DDR und Sowjetunion**

*Der Politologe Steffen Alisch, geb. 1964, arbeitet seit 2004 als wissenschaftlicher Assistent am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin und beschäftigt sich dort unter anderem mit der Geschichte der DDR.*

*Rechtschreibung, Zeichensetzung und Hervorhebungen folgen der Vorlage.*

5

10

Aus urheberrechtlichen Gründen gesperrt!
--

15

20

25

---

<sup>2</sup> Der Autor bezieht sich hier auf: Milovan Djilas: Gespräche mit Stalin. Frankfurt/Main: S. Fischer Verlag 1962, S. 146.

30

35

Aus urheberrechtlichen Gründen gesperrt!

40

45

50

55

60

---

<sup>3</sup> Juni 1946: Offensichtlicher Fehler, der Autor bezieht sich hier auf die Ereignisse vom April 1946.

65

Aus urheberrechtlichen Gründen gesperrt!

70

75

*Steffen Alisch: Die DDR von Stalin bis Gorbatschow: der sowjetisierte deutsche Teilstaat 1949 bis 1990. In: Hans-Peter Schwarz (Koord.): Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung 2008, S. 135 – 137*

---

<sup>4</sup> Dienstbesprechung beim Minister für Staatssicherheit, BStU, MfS, ZAIG Bl. 215